Stadt Hildburghausen

23.10.2014

Beschlussvorlage

Einreicher:

Beschlusnummer:

079/2014

Amt: Amt für
Finanzverwaltung und
Forsten
Sachbearbeiter: Frau Joseph
Aktenzeichen:
Bezug-Nr.:

Sitzung	Status	Datum	Abstimmung:
Haupt- und Finanzausschuss	öffentlich	03.12.2014	Ja: 5 Nein: 1 Enth.: 1
Stadtrat	öffentlich	17.12.2014	Ja: Nein: Enth.:

Bezeichnung der Vorlage:

Vorbereitung eines neuen Konzessionsvertrages für die Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Bau und Betrieb von Leitungen für die Gasversorgung im Stadtgebiet Hildburghausen

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt, dass der Bürgermeister ermächtigt und beauftragt wird, einen neuen Konzessionsvertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Bau und Betrieb von Leitungen für die Gasversorgung für das Stadtgebiet vorzubereiten.

☐ gez. _____	☐ gez. _____	☐ gez. _____	☐ gez. _____
Bürgermeister	zust. Amtsleiter Finanzverwaltung/Forsten	Bauamt	Justiziar
Holger Obst	Lissy Carl-Schumann	Olaf Schulz	Wolfgang Schwarz

Begründung:

Zwischen der Stadt Hildburghausen und der E.ON Thüringer Energie AG (ETE, vormals Gasversorgung Thüringen mbH (GVT), die wiederum 1994 hervorgegangen ist aus dem Zusammenschluss der Gasversorgung Nord-Thüringen GmbH – GNT -, Ostthüringer Gasversorgung – OTG -, Südthüringer Gasversorgung GmbH – STG -) wurde am 29.09.1997 ein Konzessionsvertrag geschlossen.

In dem Konzessionsvertrag gestattet die Stadt Hildburghausen dem Energieunternehmen, alle im Stadtgebiet gelegenen öffentlichen Verkehrsräume, über die der Stadt das Verfügungsrecht zusteht, für die Errichtung und den Betrieb von Gasverteilungsanlagen und deren Zubehör zur Abgabe von Gas an die Endkunden im Stadtgebiet sowie zur Fortleitung zu nutzen. Hierfür erhält die Stadt Konzessionsabgaben, deren Höhe in der Konzessionsabgabenverordnung (KAV) geregelt ist. Die Vertragslaufzeit begann am 29.09.1997 und endet aufgrund der festgelegten Laufzeit von 20 Jahren am 28.09.2017.

Städte haben nach § 46 Energiewirtschaftsgesetz ihre öffentlichen Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Energieleitungen, einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör, zur unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Stadtgebiet diskriminierungsfrei durch Vertrag zur Verfügung zu stellen.

Die Städte haben spätestens zwei Jahre vor Ablauf von Konzessionsverträgen das Vertragsende durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger oder im elektronischen Bundesanzeiger bekannt zu machen.

Die Mehrzahl der Gemeinden und Städte in Thüringen – wie auch in übrigen jungen Bundesländern – haben die ersten Konzessionsverträge im Zeitraum 1991 – 1993 abgeschlossen. Damit liegen die Vertragsabschlüsse noch relativ dicht beieinander. In den alten Bundesländern sind die Vertragsabschlüsse weit auseinander gezogen. Vertragsabschlüsse, die dicht beieinander liegen, stärken die Verhandlungsposition jeder einzelnen Kommune und damit der gesamten kommunalen Familie. Es steht zu befürchten, dass – ähnlich wie in den alten Bundesländern – die Vertragsabschlüsse weiter auseinander gezogen werden. Um dem entgegenzuwirken, wird angeregt, alle Verträge innerhalb eines begrenzten Zeitraumes enden zu lassen. Für alle Gemeinden und Städte im Freistaat Thüringen schlägt der Gemeinde- und Städtebund Thüringen den 31. März 2036 für das zu wählende Vertragsende vor.

Verteiler nach der Beschlussfassung:

**Bürgermeister
Sitzungsdienst
Amt 20
Amt 60
Büro 01**